

# BSW-Info

für die Bürgerinnen und Bürger  
der Uckermark

## Bündnis Sahra Wagenknecht Unterstützerkreis Uckermark

Ausgabe Nr. 1

August 2025

### Templin: Flagge von „Mayors for Peace“ gehisst

Am 8. Juli war es wieder so weit: Bürgermeister Christian Hartphiel zog am Marktplatz um 13 Uhr die grüne Flagge der „Mayors for Peace“ hoch. Das BSW und einige Unterstützer beteiligten sich an der Aktion vor Ort. Die Organisation wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Ihr Ziel ist es durch Aktionen und Kampagnen, sowie durch Vernetzung auf lokaler Ebene, die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen.

Die „Bürgermeister für den Frieden“ wollen mit der Geste des Flaggenhissens an ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 erinnern, in dem festgestellt wurde, dass es eine völkerrechtlich verbindliche Verhandlungspflicht gebe, sich für die vollständige atomare Abrüstung einzusetzen. Parallel setzt sich das BSW aktuell in den Städten und Gemeinden der Uckermark dafür ein, dem ICAN-Städteappell beizutreten, welcher die Bundesregierung dazu auffordert dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu unterzeichnen.



### Für den Erhalt der PCK-Raffinerie BSW kämpft an vorderster Front

Am 7. Mai 2025 haben wir als BSW gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in Schwedt ein klares Zeichen gesetzt: Die PCK-Raffinerie muss erhalten bleiben! Die PCK ist wichtiger Arbeitgeber für die Region und zentraler Baustein der Energieversorgung Brandenburgs. Das aktuell geltende Öl-Embargo gegen Russland führte zu gravierenden Problemen in der Versorgung der Raffinerie. Die Folge: Unsichere Arbeitsplätze und eine bedrohte wirtschaftliche Existenz vieler Familien in Schwedt und Umgebung.

Das BSW fordert daher den Bund auf, sich für eine schnelle Klärung der Eigentümerverhältnisse der PCK und für die Aufhebung oder zumindest praktikable Lösungen des Embargos einzusetzen oder andere finanzierbare und umsetzbare Maßnahmen, um die Versorgung und den Betrieb sicherzustellen.

BSW Mitglieder und Unterstützer waren mit vor Ort und machten deutlich: Ohne ausreichende Rohöllieferungen in der richtigen Qualität ist die Raffinerie nicht wirtschaftlich zu betreiben. Gleichzeitig sind wir offen für andere realistische und finanzierbare Lösungswege, die den Betrieb und die Arbeitsplätze sichern. Wir stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten und der Menschen in Schwedt, für eine zukunftsfähige Industriepolitik, die soziale Sicherheit und wirtschaftliche Vernunft vereint. Der Erhalt der PCK ist ein Kampf für unsere Heimat und für eine nachhaltige Zukunft Brandenburgs. Das BSW wird sich auch weiterhin für diese wichtigen Themen starkmachen.



## „Brandenburg ist kein Anhängsel der Hauptstadt“

Die BSW-Fraktion im Brandenburger Landtag kritisiert die Berliner Pläne für neue Windkraftanlagen an der Landesgrenze scharf.

Fraktionschef Niels-Olaf Lüders stellt klar: „Wir lassen uns aus Berlin nichts diktieren: Brandenburg ist kein Anhängsel der Hauptstadt, sondern ein eigenständiges Land mit eigenen Regeln und Interessen.“ Die geplanten Windräder, die teils nur wenige hundert Meter von Brandenburger Häusern entfernt stehen sollen, seien laut Lüders „ein Affront gegen die Brandenburger Bevölkerung“.

Er kündigt an: „Wir werden diese Übergriffigkeit mit allen politischen und juristischen Mitteln verhindern. Sollte Berlin weiterhin auf Konfrontation setzen, behalten wir uns vor auf eine Kündigung des gemeinsamen Staatsvertrages zur Landesentwicklung hinzuwirken“.

Auch die energiepolitische Sprecherin der Fraktion, Jenny Meyer, betont: „Die Energiewende darf nicht gegen die Menschen vor Ort durchgedrückt werden. Akzeptanz entsteht nur durch Dialog und nicht durch Anweisungen aus Berlin.“ Sie fordert den sofortigen Stopp der Berliner Windkraftpläne an der Landesgrenze und die strikte Einhaltung der brandenburgischen Mindestabstände: „Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht ignoriert werden. Wir stehen an der Seite der betroffenen Kommunen.“

Die BSW-Fraktion unterstreicht: Brandenburgs Selbstbestimmungsrecht ist nicht verhandelbar.

## Uckermark stark vertreten beim Landesparteitag in Kleinmachnow

Mit neun Mitgliedern aus der Uckermark war unser BSW-Unterstützerbündnis beim dritten Landesparteitag des BSW Brandenburg am 12. und 13. Juli in Kleinmachnow aktiv dabei. Unter dem Motto „Politisch klar und mutig den Aufbau vorantreiben“ wurde der Leitantrag beschlossen und damit die inhaltliche Richtung für die kommenden Monate festgelegt. Besonders erfreulich: Mit Friederike Benda wurde eine neue Landesvorsitzende mit einem klaren Mandat gewählt – ein Signal des Aufbruchs!

Auch unsere Themen fanden Gehör: Die Antragsdebatten zu Bildungspolitik, Corona-Aufarbeitung, Energiepreisen und Landwirtschaft zeigten, dass das BSW Brandenburg mit beiden Füßen fest in der Lebensrealität der Menschen steht. Der Austausch mit anderen Kreisstrukturen, die offene Atmosphäre und der spürbare Gestaltungswille machten deutlich: Der Aufbau unserer Partei lebt vom Engagement vor Ort – auch und gerade bei uns in der Uckermark.

Der Parteitag war nicht nur ein wichtiger Meilenstein, sondern auch ein starkes Zeichen: Das BSW wächst, gewinnt an Profil – und wir gestalten es mit.

„Die neue Landesvorsitzende Friederike Benda (Bildmitte) mit den Mitgliedern aus der Uckermark“



Ab sofort im Wahlkreisbüro des MdL Reinhard Simon  
**Sprechstunde für Schwerbehinderte**  
mit Stefanie Gierke

Sie leben mit einer Behinderung und haben Anliegen, die gehört werden sollen?  
Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen.  
Was muss sich ändern – politisch, gesellschaftlich oder vor Ort?  
Teilen Sie Ihre Erfahrungen mit uns.  
Gemeinsam suchen wir nach Lösungen und bringen Ihre Themen in die politische Arbeit ein oder helfen Ihnen gern bei anderen Anliegen.

**Jeden Donnerstag**  
**13:00-16:00 Uhr**

Berlinerstraße 52e (R 226)  
16303 Schwedt

Oder nach  
Terminvereinbarung unter:

Tel.:  
03332 838 2080

E-Mail:  
buero.reinhard.simon@mdl.brandenburg.de

## Aufstellung des Doppelhaushalts 2025/26 in Brandenburg

Warum ist die Haushaltslage schwierig?

Die Antwort ist einfach: Die katastrophale Politik der Ampelregierung hat unser Land in diese Misere gebracht.

Während wir als BSW-Fraktion klare Lösungen präsentieren, hat uns die Brandenburger Vorgängerregierung aus SPD, CDU und Grüne ein Haushaltsloch von 7,4 Milliarden Euro hinterlassen.

Die Wirtschaftsleistung schrumpft seit zwei Jahren - -0,5% in 2023, -0,2% in 2024 – und auch in diesem Jahr erwarten wir bestenfalls ein „Miniwachstum“, wahrscheinlicher aber eine Stagnation. Schuld daran sind die völlig irrsinnigen EU-Sanktionen gegen Russland, die unsere Energiepreise explodieren ließen und die deutsche Wirtschaft abwürgen. Unternehmen fliehen oder gehen pleite, die Arbeitslosigkeit steigt auf 6,3 %.

Während andere Parteien diese Sanktionspolitik blind unterstützen, kämpft nur die BSW-Fraktion gegen diese wirtschaftliche Selbsterstörung. Wer zu den verheerenden Folgen der Sanktionen und ihren Auswirkungen auf die Finanzlage Brandenburgs schweigt, sollte sich mit grundlegender Kritik am Haushalt deswegen sehr zurückhalten.

Die verfassungsrechtliche Schuldenbremse fesselt uns zusätzlich, ein Instrument, das Wirtschaftsexperten als Investitions- und Wachstumsbremse entlarven.

Wir fordern eine Reform mit einer „goldenen Regel“ für Investitionen. Aber CDU und AfD blockieren diese vernünftige Lösung, während sie heuchlerisch über einzelne Aspekte des Haushalts klagen.



## US-Angriff auf den Iran

Sevim Dagdelen, außenpolitische Sprecherin des Bündnisses Sarah Wagenknecht (BSW) auf X:

Der völkerrechtswidrige Angriff der USA auf den Iran ist eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit. US-Präsident Trump hat alle Wahlversprechen, die USA nicht in neue Kriege im Nahen Osten führen zu wollen, gebrochen. Man darf sich sicher sein, dass die Vasallenregierung von Merz und Klingbeil auch dieses Verbrechen des führenden Nato-Mitglieds begrüßen wird. Der Westen hat alle moralische Legitimität verloren. Er agiert wie ein Gangsternetzwerk mit Trump als obersten Mafiaboss.

## NATO-Aufrüstung gefährdet die Klimaziele

Presseerklärung des IPPNW (Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung eines Atomkriegs – Ärzt\*innen in soziale Verantwortung e.V.)

2024 verursachte die NATO 40 Prozent mehr militärische Emissionen im Vergleich zu 2021. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die die ärztliche Friedensorganisation IPPNW gemeinsam mit weiteren Nichtregierungsorganisationen anlässlich der Bonner Klimazwischenkonferenz und des NATO-Gipfels in Den Haag veröffentlicht.

Auf dem NATO-Gipfel wollen sich die Staaten zu einem verbindlichen 3,5-Prozent-Aufrüstungsziel verpflichten, die Militärausgaben der NATO-Staaten würden damit bis 2030 2,6 Billionen US-Dollar über den heutigen Ausgaben liegen. Allein von diesem Zuwachs könnten fast drei Jahre die Klimafinanzierungsbedarfe aller Entwicklungsländer bezahlt werden oder die Ausgaben getragen werden, die erforderlich sind, um das weltweite Elektrizitätsnetz bis 2030 Net-Zero-kompatibel zu machen.

Das 3,5-Prozent-Ziel der NATO würde insgesamt zu Emissionen des Bündnisses in Höhe von 2.330 MtCO<sub>2</sub>e (Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent) bis 2030 führen, was fast dem jährlichen Treibhausausstoß Brasiliens und Japans zusammen entspricht und 692 MtCO<sub>2</sub>e über dem derzeitigen Niveau liegt. Dies würde auch die jährliche Emissionsreduzierung von 134 MtCO<sub>2</sub>e zunichte machen, die erforderlich ist, um das EU-Ziel für 2030 zu erreichen, die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken.

Laut der Studie gefährdet die Aufrüstung auch in anderer Hinsicht das Erreichen der Klimaziele: Die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, die auch in Klimaprojekte investiert werden, sind in den letzten Jahren massiv gesunken. Während Deutschland die Militärausgaben von 2023 zu 2024 um 28,3 Prozent erhöht hat, wurde das Entwicklungshilfebudget im gleichen Zeitraum um 17,2 Prozent gekürzt.

„Die massive Aufrüstungsspirale zerstört das Klima und damit unsere Lebensgrundlagen“, kritisiert die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen. „Sie kostet uns Unsummen. Wir können es uns nicht leisten, horrenden Summen in Zerstörung zu investieren. Wir brauchen Geld, Ressourcen und Tatkraft für Klimaschutz und Klimaanpassung.“

Anmerkung der Redaktion: Es kam wie befürchtet, die 3,5 % sind beschlossene Sache – mit allen Konsequenzen die IPPNW beschreibt.



## Bündnis Sarah Wagenknecht, Fraktion im Landtag Brandenburg:

Brandenburgs Verfassung verpflichtet uns, den Frieden zu wahren und mit anderen Völkern zusammenzuarbeiten – das ist kein Lippenbekenntnis, sondern unser politischer Kompass. Deshalb sagen wir klar: Keine Waffenlieferungen, keine Aufrüstung, kein Säbelrasseln. Stattdessen braucht es kluge Diplomatie, Verständigung und einen Ausgleich der Interessen. Seit der sogenannten „Zeitenwende“ fließen Milliarden in Rüstung, während Schulen verfallen, Busse nicht mehr fahren und viele sich das Leben kaum noch leisten können. Die Energiepreise explodierten – nicht durch Naturgesetze, sondern durch politische Entscheidungen. Sanktionen und ideologisch betriebene Politik haben unsere Wirtschaft abgewürgt. Das muss sich ändern. Wir fordern ein Ende der Sanktionen und die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen – für bezahlbare Energie, sichere Arbeitsplätze und neue Perspektiven.

Krieg schafft Elend, zerstört Heimat und treibt Menschen in die Flucht. Wer Frieden will, darf Konflikte nicht mit Waffen anheizen, sondern muss reden – auch mit denen, mit denen man nicht einer Meinung ist.

## Fragen & Antworten: Mitmachen beim BSW in der Uckermark

### Wie werde ich Mitglied beim BSW?

Wenn Sie sich mit unseren Zielen identifizieren und aktiv etwas verändern wollen, können Sie ganz einfach Mitglied werden. Den Mitgliedsantrag finden Sie online unter: [www.bsw-vg.de/mitgliedsantrag](http://www.bsw-vg.de/mitgliedsantrag). Alternativ helfen wir Ihnen auch gerne persönlich weiter. Sprechen Sie uns an!

### Ich möchte (erstmal) nur unterstützen. Geht das auch?

Absolut! Als Unterstützer können Sie unverbindlich teilnehmen, mitdiskutieren und uns bei Aktionen helfen, ganz ohne Mitgliedschaft. Wir freuen uns über jeden, der sich einbringen möchte, ob mit Zeit, Ideen oder einfach mit Interesse.

### Kann ich euch vor Ort kennenlernen?

Ja! Wir treffen uns einmal im Monat zu offenen BSW-Treffen in der Uckermark. Unterstützer sind herzlich willkommen. Die genauen Termine und Orte geben wir per Mail bekannt oder auf Anfrage. Schreiben Sie uns einfach!

### Kontakt & Newsletter:

E-Mail: [bsw.uckermark@outlook.de](mailto:bsw.uckermark@outlook.de)  
Melden Sie sich gern für unseren regionalen Newsletter an, so bleiben Sie über alle Treffen, Aktionen und Infos aus der Uckermark auf dem Laufenden!

# „Kultur ist Bildung - und Bildung braucht Kultur“

**Manuel Lipke im Gespräch mit Reinhard Simon, Landtagsabgeordneter für das BSW und langjähriger Theaterintendant.**

Manuel Lipke: Reinhard, du bist seit Oktober 2024 Abgeordneter im Landtag Brandenburg. Was hat dich in die Politik geführt?

Reinhard Simon: Ich habe über Jahrzehnte Theater gemacht und gesehen, wie Kultur Menschen bildet, bewegt und verbindet. Mit dem BSW wollte ich meiner Kritik an der aktuellen Friedens- und Energiepolitik sowie dem Erstarken der AfD einen politischen Ausdruck verleihen und mich gleichzeitig für kulturelle Bildung und sozialen Zusammenhalt einsetzen

Manuel Lipke: Du bist Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Was liegt dir dort besonders am Herzen?

Reinhard Simon: Mir ist wichtig, Kultur und Bildung stärker zu verknüpfen. Kulturelle Bildung darf kein Luxus sein, sondern muss zugänglich für alle sein, gerade Jugendliche sollten Kunst als Teil ihrer Bildung erfahren. Es braucht neue Angebote wie schulisches Rhetoriktraining, um kritisches Denken und kulturelle Ausdrucksfähigkeit zu fördern.

Manuel Lipke: Politisch sprichst du dich auch gegen eine gesellschaftliche Ausgrenzung aus, etwa gegenüber der AfD aus. Warum?

Reinhard Simon: In der konstituierenden Sitzung habe ich gesagt: „Brandmauern nützen uns nichts Demokratie heißt Auseinandersetzung, nicht Ausgrenzung. Ein Parlament sollte lernen, zuzuhören, auch Kontroverses fair zu diskutieren. Die Krise in Thüringen dürfen wir uns hier nicht wiederholen lassen. Wenn Anträge der AfD inhaltlich sinnvoll sind und zu unseren Zielen passen, können wir sie prüfen und gegebenenfalls unterstützen, ohne inhaltliche Blindheit oder reflexartige Ablehnung.“

Manuel Lipke: Wie bringst du Politik und Theaterarbeit in Einklang?

Reinhard Simon: Ich pendle zwischen Potsdam und Schwedt. Ich besuche weiterhin viel das Theater, die UBS und andere kulturelle Einrichtungen, dies gibt mir kreative Kraft und hält mich nah an den Menschen. Die politische Arbeit wird dadurch inspirierter, es geht darum, die lebendige Erfahrung aus der Kultur in politische Diskussionen einzubringen.

Manuel Lipke: Wie stellst du dir Brandenburg in den nächsten Jahren vor?

Reinhard Simon: Ich wünsche mir ein Brandenburg mit chancengleichem Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und kultureller Teilhabe. Ein Land, das sozial gerecht und kulturell lebendig ist. Und: ein Land, das sich nicht übergibt, sondern zusammenhält, in Vielfalt und Dialog - politisch wie kulturell.



**Bündnis Sahra Wagenknecht**  
Unterstützerkreis Uckermark

Impressum/ V.i.S.d.P. und Kontakt:  
Manuel Lipke, geschäftl.: Postheim 25a, 17268 Templin  
Kontakt:  
E-Mail: [bsw.uckermark@outlook.de](mailto:bsw.uckermark@outlook.de)  
Telefon: 0176/560 317 84  
Instagram/ Facebook: BSW Uckermark